

Entschließungsantrag

der Fraktion der PDS

**zu der Regierungserklärung des Bundeskanzlers
zum bevorstehenden Europäischen Rat in Helsinki am 10./11. Dezember 1999**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich anlässlich des Gipfeltreffens der EU-Mitgliedstaaten am 10. und 11. Dezember in Helsinki für eine Aufhebung des Ölembargos der Europäischen Union gegen die Bundesrepublik Jugoslawien einzusetzen.

Berlin, den 30. November 1999

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung:

Das Ölembargo der EU gegen die Bundesrepublik Jugoslawien trifft in erster Linie die ohnehin notleidende Bevölkerung der Bundesrepublik Jugoslawien. Einziger Zweck des Ölembargos soll sein, einen Regierungswechsel in der Bundesrepublik Jugoslawien und in Serbien zu erzwingen, indem mit Kälte und Entbehrungen innerhalb der jugoslawischen Bevölkerung einen Stimmungsumschwung zugunsten der Opposition herbeigeführt wird. So eingesetzt ist das Ölembargo ein untaugliches, völkerrechtswidriges und moralisch nicht zu vertretendes Instrument, das selbst innerhalb der jugoslawischen Opposition keineswegs auf Zustimmung stößt. Die selektive Aufhebung des Embargos als Belohnung für politisches Wohlverhalten einzelner Städte kann und wird als Erpressung verstanden und das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen. Das Ölembargo ist kein Beitrag zur Stabilisierung der Balkanregion, sondern verstärkt die Konflikte nachhaltig.

